

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
04/2016*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Wie immer erhaltet Ihr von mir die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament. Themen in den Nationalratssitzungen vom 26. und 27. April waren unter anderem die Auswirkungen des Brexit auf die EU und die Einführung der digitalen Autobahnvignette 2018. Außerdem haben wir eine Zusatzrente beschlossen, die ab Juli 2017 an all jene ausgezahlt werden soll, die in Österreich Opfer von Misshandlungen in Heimen des Bundes, der Länder oder der Kirche geworden sind.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

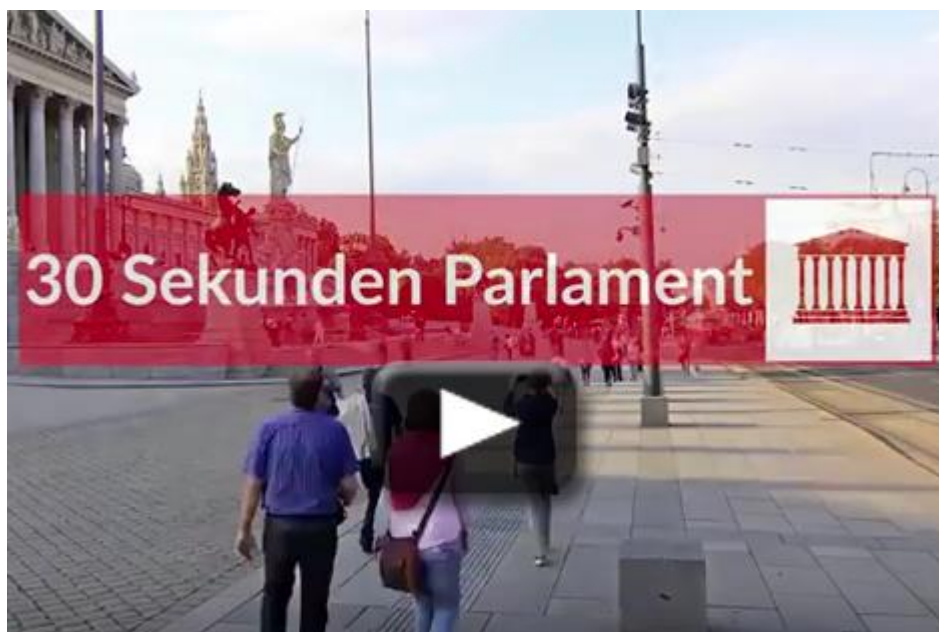
Christine

Top-Themen

Brexit" auch eine Chance für Weiterentwicklung Europas

Die EU-Debatte im Nationalrat zum "Brexit" und zur Zukunft der Union nutzte **Bundeskanzler Christian Kern**, um sich für eine Weiterentwicklung der europäischen Idee stark zu machen: In den vergangenen Jahrzehnten sei der Markt im Vordergrund der EU gestanden, "unsere Aufgabe muss es jetzt sein, Europa zu einem Projekt der Menschen zu machen, es nicht als ein Projekt zu sehen, in dem es nur um Gewinn- und Verlustrechnung geht". Das zentrale Thema dabei sei Wohlstand und Beschäftigung: "Wer die Arbeitslosigkeit in Europa ignoriert, betreibt ein Projekt der Entsolidarisierung", so der Kanzler.

Auch **Klubobmann Andreas Schieder** sieht im Brexit – "eine Fehlentscheidung zum finanziellen Schaden der britischen Bevölkerung" – Chancen, um Europa weiterzuentwickeln, vor allem in Richtung eines sozialeren Europa. **"Was Europa braucht, sind Arbeitsplätze, Steuergerechtigkeit, soziale Mindeststandards und die Eindämmung von Lohn- und Sozialdumping."** Das muss sich auch im Budget niederschlagen: "Europa muss seine finanziellen Mittel dort einsetzen, wo sie Beschäftigung und Wachstum fördern."



Video: 30 Sekunden aus dem Parlament mit SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder – Warum wir ein soziales Europa brauchen

Zusatzrente für Heimopfer

Opfer von Misshandlungen in Heimen des Bundes, der Länder oder der Kirche erhalten ab Juli 2017 monatlich 300 Euro Opferrente, wenn sie das Pensionsalter erreichen bzw. bei Pensionsantritt – ein wichtiger Schritt, nachdem es vor einigen Monaten schon seitens des Parlaments eine Geste der Entschuldigung durch einen Staatsakt im historischen Sitzungssaal gegeben hat. Schätzungsweise rund 7.000 Personen werden diese Rentenleistung bekommen. Nicht nur Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch in Kinder- und Jugendheimen sind umfasst, sondern auch Opfer von Gewalt in Pflegefamilien.

Digitale Autobahn-Vignette kommt



Die Klebevignette für die Autobahn bekommt eine **digitale Alternative**. Für das kommende Jahr (2018) wird man sich schon aussuchen können, ob man einfach das Kennzeichen des Autos im System für die digitale Vignette registriert oder weiter die altbekannte Vignette auf die Windschutzscheibe klebt.

Der **Verkauf** der digitalen Vignette startet im **November 2017**. Sie wird zunächst online vertrieben, und zwar über die ASFINAG-APP "Unterwegs". Ab Jahresmitte 2018 wird man die digitale Vignette zusätzlich dort kaufen können, wo die Klebevignette vertrieben wird, also in Trafiken, Tankstellen und bei den Autofahrerklubs. Ein weiterer Vorteil der digitalen Vignette: Wer ein Wechselkennzeichen hat, erspart sich die zusätzliche Vignette für das zweite Auto. Und beim Bruch der Autoscheibe muss man keine neue Vignette besorgen.

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 26. April 2017

Rentenleistung für Opfer von Gewalt in Heimen ([1596 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Beschluss des Nationalrates vom 23. Oktober 2014 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Filmförderungsgesetz geändert wird

Rot-Weiß-Rot-Karte: Besserer Arbeitsmarktzugang für hochqualifizierte Arbeitskräfte ([1602 d.B.](#))

Die Rot-Weiß-Rot-Karte, die den Zugang für Hochqualifizierte zum österreichischen Arbeitsmarkt regelt, wird optimiert: Für Start-up-GründerInnen aus Drittstaaten wird es einfacher, in Österreich Fuß zu fassen und Innovationen sowie Arbeitsplätze zu schaffen. Auch für ausländische Studierende gibt es Verbesserungen: Bachelor-AbsolventInnen werden in das System der Rot-Weiß-Rot-Karte miteinbezogen, das zulässige Beschäftigungsausmaß für Bachelor-, Master- und Doktoratstudierende wird auf 20 Wochenstunden vereinheitlicht. Saisoniers dürfen künftig grundsätzlich nur neun Monate pro Jahr in Österreich beschäftigt sein (bisher: 12 innerhalb von 14 Monaten).

Lohn- und Sozialdumping: Änderungen für die Transportbranche ([1603 d.B.](#))

Änderungen beim Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz bringen für Transportunternehmen, die ArbeitnehmerInnen nach Österreich entsenden, vereinfachte Bestimmungen zur Meldung und zur Bereithaltung von Lohnunterlagen.

Abkommen zwischen Österreich und Albanien über soziale Sicherheit ([1604 d.B.](#))

Mit dem Abkommen sollen Versicherungslücken von Personen, die in beiden Ländern erwerbstätig waren, geschlossen und Doppelversicherungen vermieden werden.

Versammlungsrecht – Regeln für Wahlkampfauftritte ausländischer PolitikerInnen ([1610 d.B.](#))

Mit einer Änderung des Versammlungsgesetzes soll es dem Bund möglich sein, Wahlkampf-Auftritte ausländischer PolitikerInnen zu untersagen, wenn sie den außenpolitischen Interessen Österreichs, internationalen Rechtsgrundsätzen oder unseren demokratischen Grundwerten zuwiderlaufen. Weitere kleinere Änderungen im Versammlungsrecht gehen auf Wünsche der Exekutive für eine bessere Personalplanung ein: Die Frist für die Anmeldung einer Demonstration wird künftig von 24 auf 48 Stunden verlängert. Spontandemos sind davon aber nicht betroffen und weiterhin zulässig. Weiters kann die Behörde bei einer Versammlung eine Schutzzone von bis zu 150 Meter festlegen, wenn es nötig ist, um die Sicherheit von VersammlungsteilnehmerInnen zu gewährleisten.

NR-Sitzung vom 27. April 2017

Diskussion zum TTIP/CETA-Volksbegehren ([1608 d.B.](#))

Das Anti-TTIP-Volksbegehren wurde vergangenen Jänner von 562.379 und somit von 8,9 % der Wahlberechtigten unterzeichnet. Es nimmt damit Platz 11 auf der ewigen "Bestenliste" von Volksbegehren ein und wird nun im Verfassungsausschuss behandelt. In einer ersten Diskussion im Nationalrat zum Volksbegehren versicherte SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann den Initiatoren des Volksbegehrens, dass dieses mit der gebotenen Ernsthaftigkeit behandelt werde: "Wir müssen uns mit allen kritischen Fragen, die hier

in der Diskussion aufgetaucht sind, intensiv auseinandersetzen." Besonders den Bereich des Investitionsschutzes sieht er kritisch: "Es muss genau geschaut werden, ob dies nicht eine Abkehr vom Justizmonopol des Staates ist."

Eine etwaige Abstimmung bzw. Ratifizierung des Abkommens wird es im österreichischen Nationalrat nicht vor 2019 geben. Bis dahin kann ein wesentlicher Teil des Abkommens – der u.a. den Investitionsschutz enthält – nicht in Kraft treten.

Mautgesetz: Digitale Vignette ([1591 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Deutsche PKW-Maut: Gegen Diskriminierung österreichischer AutofahrerInnen ([1593 d.B.](#))

Die Nationalratsabgeordneten unterstützen eine Petition, eingebracht von SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl, die sich gegen die Diskriminierung österreichischer AutofahrerInnen durch die geplante deutsche PKW-Maut richtet. Die Bedenken richten sich nicht gegen eine Maut an sich, sondern gegen die konkrete Ausgestaltung, die auch nach entsprechenden Rechtsstudien eine Diskriminierung nicht-deutscher EU-BürgerInnen bedeutet. Denn dadurch, dass deutsche AutofahrerInnen die Mautkosten über die Kfz-Steuer zurückbekommen, wird die PKW-Maut de facto nur von ausländischen KraftfahrerInnen zu bezahlen sein. Verkehrsminister Jörg Leichtfried versicherte im Nationalrat, gegen das deutsche Maut-Gesetz beim Europäischen Gerichtshof zu klagen, sollte die EU-Kommission das Prüfverfahren gegen Deutschland einstellen.

Güterbeförderung ([1592 d.B.](#))

Durch die neue Formulierung wird klargestellt, dass Frachtdokumente sowohl in Papierform als auch in elektronischer Form vorgelegt werden dürfen; in

elektronischer Form müssen sie vorgezeigt werden können, aber nicht mehr ausgedruckt werden.

Weitere Themen

Unis: Stipendien spürbar erhöhen

SPÖ und ÖVP verhandeln derzeit über ein neues Modell der Uni-Finanzierung, das bis zum Sommer vorliegen soll. Grundsätzlich positiv ist, dass das Budget erhöht werden soll. Wie sich das geplante System der Studienplatzfinanzierung auf einzelne Unis auswirkt, muss freilich noch genau berechnet werden, betonte **SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl** in einer "Aktuellen Stunde" zum Thema Unis. Für die SPÖ ist wichtig, dass es gleichzeitig auch zu einer **wirklich spürbaren Erhöhung der Studienbeihilfe** kommt. Die Stipendien wurden nämlich seit 1999 nicht mehr valorisiert, d.h. an die Inflation angepasst – das bedeutet einen Wertverlust von bis zu 30 Prozent. Gleichzeitig sinkt auch die Zahl jener, die ein Stipendium bekommen. Das liegt daran, dass die Wertgrenzen beim Eltern-Einkommen seit 2008 nicht mehr valorisiert wurden und somit immer weniger Studentinnen und Studenten die Chance haben, in das Beihilfensystem zu kommen. Kuntzl: "Wir müssen hier dringend etwas tun! Alles ist teurer geworden, die Unterstützung muss entsprechend mitwachsen."

Reden

Rede vom 26.04. zur EU-Erklärung des BK und des VK

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr



Minister! Meine Damen und Herren! Ja, Herr Kickl, es waren tatsächlich die Populisten, die den Brexit ausgelöst und sich dann geschlichen haben (Abg. Mölzer: Das ist doch nicht wahr!), die ihre Verantwortung überhaupt nicht wahrgenommen haben. (Abg. Kogler: Lug und Trug! – Zwischenrufe bei der FPÖ.) Wir hätten uns wahrscheinlich alle ein schöneres Ge-

schenk zum 60. Jubiläum der Römischen Verträge gewünscht, ein schöneres Geschenk als den 29. März, den Tag, an dem der Brexit offiziell bekannt gegeben wurde. (Abg. Walter Rosenkranz: Es geht nur um Geschenke und Gaben!)

Auch wir, viele von uns, haben das sehr bedauert, und auch ich als Europäerin bedaure diesen Entschluss persönlich sehr, weil auch ein Stück meiner Identität – dieses Gefühl habe ich – damit weggenommen wird. Wir alle haben Freunde in Großbritannien, ich selbst habe englische Literatur studiert, wir sind mit der englischen Kultur sehr vertraut. Es geht uns da ein Stück verloren. (Zwischenruf des Abg. Kickl.) So sehr wir das auch bedauern, so sehr uns der Brexit auch treffen mag, ich glaube, am schwersten wird er wohl letztendlich die Briten selbst treffen.

Bereits das vergangene Jahr hat gezeigt, wie tief die Risse sind, die es in der britischen Gesellschaft gibt, und besonders besorgniserregend finde ich die Lügen- und Hetzkampagnen, die im Mutterland der politischen Debatten Einzug gehalten haben, nicht nur gegen EU- und andere Länder, sondern auch innerhalb Großbritanniens selbst; Richter werden von Zeitungen zu Volksfeinden abgestempelt. Ich hoffe also sehr, dass es den Briten gelingt, diese gesellschaftlichen Risse zu kitten und sich auf ihre demokratischen Stärken zu besinnen, denn trotz des Brexits sind die Briten ebenso auf eine starke EU angewiesen, wie auch wir ein stabiles und handlungsfähiges Vereinigtes Königreich als Partner brauchen.

Die EU sollte sich daher nicht von den extremen Brexit-Befürwortern und auch nicht von den Rachsüchtigen in Politik und Presse provozieren lassen. Ich glaube, die oberste Maxime muss sein, in den Verhandlungen Ruhe zu bewahren. Wir wollen ja nicht die Briten abstrafen, denn davon hätten wir letztendlich nichts.

Wir wollen und wir brauchen weiterhin eine enge, vertrauensvolle und konstruktive Partnerschaft. Das ist gut für die Briten, aber auch gut für uns. Machen wir uns aber nichts vor: Das Verhandlungsergebnis wird in jedem Fall für beide Seiten schlechter sein als die Beziehungen, die wir als Partner innerhalb der EU hatten. Eines muss auch klar sein – und das wurde heute schon öfter gesagt –: Eine Rosinenpickerei wird es für die Briten nicht geben. Die Rechte und Vorteile des Binnenmarkts können letztendlich nur die nutzen, die auch die Kosten und Pflichten akzeptieren. Selbstverständlich müssen die Briten auch selbst die Rechnung zahlen, wenn sie den Tisch verlassen, die Verpflichtungen von 60 Millionen € sind natürlich zu erfüllen. (Abg. Kickl: Die Griechen lassen anschreiben!)

Wichtig ist zunächst, nicht die Sicherheit und das Leben der Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel zu setzen. Als erster Punkt müssten die Aufenthaltsberechtigungen der rund drei Millionen EU-Bürger in Großbritannien, darunter sind 25 000 Österreicherinnen und Österreicher, und auch der zahlreichen Briten in der EU geschützt werden. Es muss eine Erklärung zum Schutz dieser Menschen geben, sie brauchen Aufenthaltsrechte und besondere Rechte.

Noch wichtiger als die zukünftigen Beziehungen zu den Briten ist die Frage unserer Beziehungen innerhalb der EU. Wir haben den Brexit – und das habe ich schon gesagt – nicht nur den dreisten Verdrehungen von Nigel Farage und dem rein innenpolitisch motivierten Spiel von Boris Johnson zu verdanken, denn viele Briten und damit sind sie in Europa nicht alleine, haben auch das Vertrauen verloren, dass das gemeinsame Europa ihr Leben verbessert und sie vor den negativen Auswüchsen der Globalisierung schützt. Genau da müssen wir ansetzen, das heißt: Schluss mit Steuerflucht und Steuerdumping, Schluss mit dem vielfachen Sozialdumping!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – dieses soziale Prinzip muss in der EU endlich durchgesetzt werden. Die Erklärung von Rom gibt dazu Hoffnung, denn darin bekennen sich alle 27 Staaten zu einer sozialeren EU, und das ist die richtige Weiterentwicklung in die Richtung, in die wir gehen wollen. – Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen begrüßt Forderung nach Ansiedlung der EMA in Wien \(27.04.2017\)](#)

[Nationalrat – Muttonen: Für eine sozialere EU die richtigen Schlüsse aus dem Brexit ziehen \(26.04.2017\)](#)

[Muttonen ist zutiefst betroffen über Tod eines OSZE-Beobachters in der Ukraine \(23.04.2017\)](#)

Gespräche mit der maltesischen Ratspräsidentschaft



Seit Januar hat Malta für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft inne. Ein besonderes Augenmerk wollen die Malteser in diesen Monaten auf die europäische Migrationspolitik und die Situation in den südlichen Mittelmeerländern legen. Gemeinsam mit weiteren Genossinnen aus dem EU-Ausschuss und unseren sozialdemokratischen KollegInnen aus dem deutschen Bundestag war ich daher vom 3. bis 5. April zu Gesprächen auf Malta,

um mich über die konkreten Vorhaben zu informieren.

Dafür haben wir nicht nur mit dem Exekutivdirektor der maltesischen Ratspräsidentschaft Botschafter Camilleri und Vertretern der maltesischen Arbeiterpartei gesprochen. Weitere interessante Treffen gab es auch mit MitarbeiterInnen des auf Malta angesiedelten Europäischen Asylunterstützungsbüros (EASO) – dessen Aufgabe es

ist, die Zusammenarbeit der EU-Staaten im Asylbereich zu stärken - und mit der maltesischen Delegation bei der Mittelmeerparlamentsversammlung.

Ich habe die Gelegenheit auch genutzt, um mich als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit den maltesischen Parlamentspräsidenten Angelo Farrugia (Foto: 3.v.r.) zu treffen.



Photo: DOI - Clifton Fenech

Präsidiumssitzung der OSZE-PV in Kopenhagen



Am vergangenen Montag war ich in Kopenhagen, um dort im dänischen Parlament die Präsidiumssitzung der OSZE-PV zu leiten. Die Sitzung war erneut geprägt vom Konflikt in der Ostukraine, es wurde aber auch ausführlich darüber beraten, wie die Versammlung mit dem Referendum und der sicherheitspolitischen und menschenrechtlichen Situation in der Türkei umgehen soll.

Gute Entwicklungspolitik schafft Sicherheit für Österreich

Österreich ist keine Insel der Seligen. Selbst Hungersnöte, Bürgerkriege und Terrorismus, die sich in fernen Ländern abspielen, können plötzlich auch uns betreffen. Das haben wir spätestens mit der Flüchtlingskrise zu spüren bekommen. Eine gute Entwicklungspolitik, die Hungerkrisen, Kriegen und Epidemien vorbeugt und für Stabilität, Frieden und wirtschaftliche Entwicklung sorgt, ist daher keine selbstlose Wohltätigkeit,

sondern in unserem ureigenen Interesse. Im Januar 2016 haben die Vereinten Nationen 17 nachhaltige Entwicklungsziele aufgestellt, die von den Mitgliedsländern bis 2030 umgesetzt werden sollen. Auch in Österreich arbeiten die einzelnen Ministerien daran die Entwicklungsziele in ihre jeweiligen Arbeitsbereiche zu integrieren.



Am Mittwoch habe ich mich zu diesem Thema mit Andreas Balog vom Arbeitersamariterbund und dem stv. Geschäftsführer von CARE Österreich, Harald Maier getroffen. Beide gehören mit ihren Organisationen der [Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung](#) an, die sich für eine möglichst rasche Umsetzung der Entwicklungsziele einsetzt. Gemeinsam haben wir überlegt, wie wir dem wichtigen Thema mehr Aufmerksamkeit verschaffen können.

Ziviler Handel statt TTIP, CETA und Co



Wie können wir einen globalen Handel organisieren, der Arbeitsplätze schafft, der fair und nachhaltig ist und der den unsäglichen Wettlauf um die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards beendet? Wie könnte eine sozialdemokratische Alternative zu Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA aussehen? Darum ging es

am Donnerstagmorgen auf meinem Europafrühstück, das ich regelmäßig für den SPÖ-Parlamentsklub organisiere. Als Referenten konnte ich Dr. Georg Hubmann (Foto: 1.v.r.) und Klaus Baumgartner (Foto: 1.v.l.) vom sozialdemokratischen Jahoda-Bauer-Institut in Linz gewinnen, die uns ein interessantes neues Handelskonzept vorstellten. Kernidee der „zivilisierten Märkte“ ist eine europäische Handelsagentur. Diese soll u.a. soziale und umweltpolitische Standards festlegen, die Waren erfüllen

müssen, um nach Europa verkauft werden zu können. Auf diese Weise könnten wir unsere Standards in Europa schützen und unsere heimischen Firmen und ArbeitnehmerInnen wären nicht mehr dem unfairen Wettbewerb mit Dumping-Produkten ausgesetzt. Wer gerne mehr über die Idee der „zivilisierten Märkte erfahren möchte, findet [hier](#) weitere Informationen.

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at